

BSU
000063
HAXVIII 4693

Berlin, 25. Januar 1982

Bei der Verwirklichung der Beschlüsse der Partei auf ökonomischem Gebiet entstanden erhebliche Disproportionen, die im Zusammenhang mit der Außerachtlassung gesamtwirtschaftlich bilanzierter Führungsgrößen (Hauptkennziffern) und unter den Bedingungen einer sich zunehmend verschlechternden Zahlungsbilanz gegenüber dem NSW zu einer Gefährdung der inneren Stabilität der DDR führten.

Patrioten und Wirtschaftskader, die als zuverlässige und standhafte Genossen bekannt sind, wenden sich zunehmend mit Besorgnis über die Entwicklung und mit Hinblick auf die Realisierbarkeit gestellter zentraler volkswirtschaftlicher Aufgaben an das Ministerium für Staatssicherheit. Dabei ist erkennbar, daß sie derzeit keine Möglichkeit sehen, Bedenken an zentral vorgegebenen Leistungszielen, die sie selbst für unreal halten, zu äußern und konstruktive Unterstützung für die Lösung der Probleme zu erhalten.

Aus einer ausgeprägt vorhandenen Disziplin und durch die wirkende Reglementierung wird zentral erteilten Auflagen und Anforderungen zugestimmt bzw. werden dementsprechende Entscheidungsvorlagen eingereicht und Lösungen unterbreitet, die in ihren gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen nicht oder kaum beherrscht werden.

Die Grundfrage der gegenwärtigen volkswirtschaftlichen Praxis ist, daß im Interesse der Zahlungsbilanz immer wieder kurzzeitige Lösungen durch taktische Schritte in der Außenwirtschaft praktiziert werden, die weitere Belastungen mit sich bringen und in ihrer Langzeitwirkung schwer überschaubar sind.

Es werden Feststellungen getroffen, daß zentrale Entscheidungen unzureichend objektiven Verflechtungs- und Kooperationsbeziehungen Rechnung tragen bzw. nicht ausreichend ausgewogen, gründlich

durchdacht und auf ihre Konsequenzen hin beurteilt, vorbereitet und gefaßt werden. Teilweise werden solche Entscheidungsprozesse als "Aktionen" aufgefaßt, wo einheitliche Standpunkte "herbeigeführt" und der Parteiführung "Zusicherungen" gegeben werden, hinter denen man bereits zum Zeitpunkt ihrer Abgabe nicht stehen könne.

Die Reduzierung der Erdöllieferungen aus der UdSSR von 19 Mio. t auf 17,081 Mio. t jährlich ab 1982 wurde durch Entscheidungen im Interesse der Zahlungsbilanz der DDR mit dem NSW in voller Höhe auf das Inland verlagert. Das hat einschneidende Maßnahmen, wie Kürzungen, Einsparungen und Substitutionen in der Versorgung der Volkswirtschaft, anderer gesellschaftlicher Bereiche und der Bevölkerung zur Folge, so daß

- die erforderlichen kurzfristigen Umstellungen in den Liefer-, Leistungs- und Transportbeziehungen gegenwärtig nicht ohne zum Teil erhebliche Störungen der Volkswirtschaft und der Bevölkerungsversorgung realisiert werden können,
- die sich in der Vergangenheit herausgebildeten Kooperations- und Spezialisierungsbeziehungen den neuen Anforderungen entgegenstehen, und
- die Deutsche Reichsbahn nicht über die nötige Transportkapazität verfügt, um die geforderten und geplanten Umverlegungen von der Straße auf die Schiene abzusichern.

Bei zentralen und wirtschaftsleitenden Organen häufen sich zunehmend Eingaben von staatlichen Leitungen der Betriebe, in denen eindringlich auf den Ernst der Situation in ihren Verantwortungsbereichen aufmerksam gemacht und auf eine zunehmende Unzufriedenheit der Werktätigen hingewiesen wird.

Ohne Kenntnis der tatsächlichen Zusammenhänge über die Verteilung und den Einsatz der sowjetischen Erdöllieferungen an die DDR entwickeln sich unwidersprochen Auffassungen, daß der UdSSR die Schuld für die entstandene Lage anzulasten ist.

Die mit dem Volkswirtschaftsplan 1982 überaus stark zunehmenden Exporte von Erdölverarbeitungsprodukten in das NSW sind eine Fort-

setzung der Praxis, daß in den letzten Jahren steigende Bargelddefizit der DDR gegenüber dem NSW durch steigende Exporte solcher Erzeugnisse auszugleichen, die gegen Bargeld oder kurzfristige Zahlungsziele absetzbar sind.

Die bis Ende 1981 eingetretene Situation in den finanziellen Belastungen der DDR gegenüber dem NSW veranlaßte die Parteiführung dazu, am 19.1.1982 im Politbüro weitere bedeutende Maßnahmen zur Steigerung der NSW-Exporte, zur noch höheren Senkung von NSW-Importen zu Lasten der Inlandsversorgung der Volkswirtschaft, der Bevölkerungsversorgung und der Landesverteidigung (u.a. Auslagerung strategisch bedeutsamer Bestände aus der Staatsreserve) zu beschließen. Diese Maßnahmen sind darauf gerichtet, die im I. Quartal 1982 mögliche Gefahr der Zahlungsunfähigkeit der DDR abzuwenden.

Entsprechend dem Ernst der gegenwärtig eingetretenen Lage wird für notwendig gehalten, auf der Grundlage einer exakten Lageeinschätzung und Bestandsaufnahme, eine wissenschaftlich begründete, strategische, taktische und organisatorische Konzeption zu erarbeiten, die auf der Basis der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus und unter Anwendung sozialistischer Leitungsprinzipien den gegenwärtigen und zukünftigen Erfordernissen entspricht.

Auf der Grundlage der durch die Patrioten und Wirtschaftskader gegebenen Informationen, Einschätzungen und vorhandener Dokumente wird zu folgenden Problemen Stellung genommen:

1. Die gegenwärtige Lage in der Volkswirtschaft der DDR und der sie bewirkenden inneren und äußeren Faktoren
2. Vorschläge zu kurzfristigen und längerfristigen Lösungen

1. Die Vielzahl der insbesondere im Dezember 1981 und Januar 1982 gefaßten Beschlüsse und getroffenen Entscheidungen hat dazu geführt, daß daraus resultierende volkswirtschaftliche Konsequenzen in ihrer gegenwärtigen Verflechtung nicht berechnet sind, unterschiedliche ökonomische und statistische Zahlenwerte Grundlage für Entscheidungsvorschläge in den zweigspezifischen staats- und wirtschaftsleitenden Organen bilden und damit kein zentraler Überblick über die reale volkswirtschaftliche Lage und über die zur Veränderung notwendigen Maßnahmen besteht.

Diese Aussage wird dadurch unterlegt, daß auch die Kombinate für das Jahr 1982 ihrer Verantwortung im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß nicht nachkommen können, da sie, ohne konkrete Fondsvorgaben (Materialinvestitionen) sich ständig ändernde Leistungskennziffern erhalten, die nahezu ausschließlich von Entscheidungen zur Gewährleistung der Zahlungsfähigkeit gegenüber dem NSW bestimmt sind.

Die gegenwärtige Lage wird dadurch charakterisiert, daß

- für die DDR die reale Gefahr des kurzfristigen Eintritts der Zahlungsunfähigkeit gegenüber dem NSW gegeben ist;
- eine Gefährdung der inneren Stabilität der DDR durch Produktionseinschränkungen, Stilllegung von Anlagen, Frei- und Umsetzung von Arbeitskräften sowie eine Beeinträchtigung der Versorgung der Bevölkerung eintreten kann;
- die materiellen und finanziellen Reserven des Staates die Bewältigung möglicher Gefahrensituationen und Gefahrenzustände nicht mehr gewährleisten;
- der Volkswirtschaftsplan 1982 materiell und finanziell nicht bilanziert;
- der Fünfjahrplan 1981 - 1985 in seiner Gesamtheit seine bilanzierende und steuernde Funktion für den Fünfjahrplanzeitraum nicht mehr erfüllen kann.

1.1. Die Zahlungsbilanz der DDR weist mit Stand vom 1.1.1982 gegenüber dem NSW einen Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten in Höhe von -30,5 Mrd. VM aus (Interne Berechnungen des Ministeriums der Finanzen).

Im I. Quartal 1982 resultiert daraus ein Schuldendienst (Kredit-tilgungen und Zinszahlungen) in Höhe von 5,3 Mrd. VM.

Der Volkswirtschaftsplan 1982 beinhaltet bei voller Erfüllung der Leistungsziele in den Außenwirtschaftsbeziehungen mit dem NSW ein ungelöstes Bargelddefizit von 1,5 Mrd. VM, davon im I. Quartal 1982 250 Mio. VM.

Diese 250 Mio. VM wurden Anfang 1982 durch Sondermaßnahmen gelöst.

Aus der Nichterfüllung des NSW-Exportplanes 1981 in Höhe von 2,1 Mrd. VM und dem schlechten NSW-Exportplananlauf zu Beginn des Jahres 1982 ergibt sich ein erneutes Bargelddefizit in Höhe von 700 Mio. VM für Ende Januar 1982.

Gemäß Beschluß des Politbüros vom 19.1.1982 soll dieses Defizit durch außergewöhnliche Maßnahmen (Verkauf von strategischen Beständen der Staatsreserve, zusätzlichen Warenexporten und dem Einsatz von Depositen kapitalistischer Banken bei der Deutschen Außenhandelsbank) gelöst werden.

Am 6.1.1982 wies die Vorschau der Fachminister gegenüber der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik eine Nichterfüllung des NSW-Exportes per 28.2.1982 in Höhe von 723 Mio. VM aus. Dazu kommt, daß die Vertragsbindung für das I. Quartal 1982 im NSW-Export zu diesem Zeitpunkt 48 % betrug und für 442 Mio. VM noch keine exportfähige Ware in den Plänen nachgewiesen war. Das entspricht einer fehlenden industriellen Warenproduktion von ca. 1,8 Mrd. M.

Auch unter der Voraussetzung, daß diese Probleme im I. Quartal 1982 gelöst werden, wird eine weitere Verschärfung der Lage eintreten, weil außer dem im Plan enthaltenen Bargelddefizit, die Erfüllung des NSW-Exportplanes 1982 materiell nicht gesichert ist.

Die staatliche Auflage NSW-Export in Höhe von 19,970 Mrd. VM war per 19.1.1982 nur mit 17,730 Mrd. VM materiell in den Plänen nachgewiesen. Für nur 8,142 Mrd. VM lagen Verträge vor. Das sind 40,8 % zur staatlichen Auflage. Das ist seit Jahren der niedrigste Vertragsstand zu Beginn eines Planjahres.

In den zurückliegenden Jahren wurde die Nichterfüllung des NSW-Exportes und dadurch zeitweilig auftretende Zahlungsschwierigkeiten gegenüber dem NSW durch die Aufnahme von Krediten bei kapitalistischen Banken ausgeglichen.

Auf Grund der objektiv eingetretenen Zahlungsunfähigkeit der VR Polen und der SR Rumänien gegenüber dem NSW und in Kenntnis der ökonomischen und finanziellen Lage in der DDR ist seit Mitte 1981 festzustellen und seit November 1981 feststehend, daß kapitalistische Banken die Ausreichung von Krediten an die DDR boykottieren bzw. verweigern.

Im Ergebnis am 8. und 11.1.82 in der Wirtschaftskommission beim Politbüro des ZK der SED an die Industrieminister erteilten Auflagen zur materiellen Untersetzung des NSW-Exportplanes sowie zur Reduzierung des NSW-Importes um 1,0 Mrd. VM (Beschuß Politbüro vom 19.1.82) sind einschneidende Maßnahmen in Industrie, Bauwesen und Landwirtschaft unausbleiblich.

Diese tiefgreifenden Folgen und die Differenzstandpunkte der Minister zu den erteilten Auflagen sind in den eingereichten Beschlußvorlagen vom 19.1.82 nicht enthalten.

Damit wird der Eindruck der Lösbarkeit der Probleme aus eigener Kraft vermittelt.

1.2. Die Auswirkungen solcher Maßnahmen auf die Stabilität der Produktion, die Arbeitskräfte und die Versorgung der Bevölkerung sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht voll überschaubar und können in der Entwicklungstendenz nur an ausgewählten Beispielen dargestellt werden.

- Berechnungen im Ministerium für Chemische Industrie vom 14.1.1982 ergeben, daß als Folge gegenüber 1981 die Produktion in folgenden Kombinatn gesenkt werden soll:

VEB Agrochemisches Kombinat Piestitz auf	96 %
VEB Kombinat Lacke und Farben Berlin auf	78,8 %
VEB Fotochemisches Kombinat Wollschäufel auf	83,2 %
VEB Reifenkombinat Fürstenwalde auf	87,7 %

Insgesamt wird dadurch gegenüber dem Plan 1982 im Bereich des MfC eine industrielle Wagnisproduktion in Höhe von 2,4 Mrd. M ausfallen (Stilllegung von Produktionsanlagen für PUR-Lacke, Magnesiumphosphat, PUR-Moedel, Reduzierung LKW-Reifenproduktion um 400 TStück).

- Die bereits vorgenommenen und am 19.1.1982 beschlossenen Kontingentkürzungen bei Dieselkraftstoff, Vergaserkraftstoff und Heizöl haben zur Folge, daß die Produktions- und Verteilungsprozesse in der Industrie, im Bauwesen, der Landwirtschaft und im Verkehrswesen der DDR (Güter-, Berufs-, Schülerverkehr und Handtransporte) nicht mehr voll beherrscht werden:

- Verringerung der Transportleistungen um 10,3 Mrd. tkm im Güternah- und Eisenbahnverkehr, entspricht 16 % der Gesamtleistung mit bereits vorhandenen negativen Auswirkungen auf Gütertransporte, Belieferungen des Einzelhandels per LKW, Einstellung von Serviceleistungen bei Haushalt-, Rundfunk- und Fernsehgeräten, unkontinuierlicher Arzneimittellversorgung in Landgemeinden u.a.

- Stilllegung von mehr als 10 000 NKW in den Betrieben und Kombinatn der Industrie sowie von 300 Kraftomnibussen - entspricht ca. 10 % des Bestandes; damit verbunden ist die Umsetzung von ca. 12 000 Berufskraftfahrern in artfremde Tätigkeiten innerhalb der Industrie. Als Folge treten Störungen im Materialtransport und bei der Abfuhr von Fertigerzeugnissen aus den Betrieben auf.

Im Bereich des Ministeriums für Bauwesen wurden per 11.1.1982

- 2 600 Fahrzeuge aus dem technologischen Transport,
- 2 000 Fahrzeuge für Versorgungs- und Baustofftransporte und des eigenen Berufsverkehrs sowie
- 1 700 Baumaschinen stillgelegt.

Dadurch mußten 5 200 Kraftfahrer und ca. 2 000 Maschinisten im Bauwesen umgesetzt werden. Erhebliche Leistungs- und Produktivitätsverluste sind die Folge.

- Der Volkswirtschaftsplan 1982 sieht die Reduzierung der Futtermittelimporte für die Landwirtschaft in Höhe von 1 Mio. t GE vor. Damit verbunden ist eine planmäßige Reduzierung der Tierbestände. Auf Grund der Nichtbeschaffbarkeit von Krediten sind für das I. Quartal 1982 von den noch geplanten NSW-Importen folgende Mengen nicht finanzierbar:

800 kt Futtermittel, Weizen,
162 kt Extraktfischschrot und
20 kt Fischmehl.

Nach Berechnungen stellen diese ausfallenden Konzentratfuttermittelimporte einen Reproduktionswert von 140 kt Schlachtvieh und 400 kt Milch dar.

Die Auswirkungen werden noch verschärft durch eine um 660 kt GE gegenüber dem Plan zu niedrige Inlandernte 1981.

Die Landwirtschaft erhält für das Jahr 1982 folgende Erdölprodukte

	1981	1982	%
VK	102,7 kt	53,2 kt	53
DK	1100,7 kt	981,0 kt	89
Heizöl	457,8 kt	335,0 kt	73

Besonders schwerwiegend wirkt sich aus, daß alle Futter-trocknungsanlagen auf Heizölbasis stillgelegt werden.

Dem Volkswirtschaftsplan 1982 liegt ferner eine Reduzierung des Mineraldüngers bei Stickstoffdünger und Phosphorsäure zugrunde.

Das führt voraussichtlich zu einer Ertragsminderung in der Getreide- und Futterproduktion in Höhe von 1 - 1,2 Mio. t GE. Mit den Auflagen aus der Beratung vom 1.8. und 11.1.82 ist dem Minister für chemische Industrie der Auftrag erteilt, weitere Stickstoffdüngemittelimporte zu ersetzen des Inlandsbedarfs in das NSW zu organisieren.

Nach den gegenwärtigen Entscheidungen ist der Landmaschinenbau der DDR vorwiegend NSW-Export orientiert und kann den Bedarf der Landwirtschaft der DDR an Maschinen und Ausrüstungen nicht decken sowie einige in den zurückliegenden Jahren bereits entstandene Mechanisierungslücken nicht schließen.

So kann der ausgewiesene Bedarf der Landwirtschaft bis 1985 nur wie folgt abgedeckt werden:

Bei Maschinen für die Getreideproduktion

Drillmaschinen zu	82 %,
Mähdrescher zu	93,6 %,
Strohlagerungsgerät zwischen	25 % - 70 % je nach Typ.

Bei Maschinen für die Futterproduktion

Düngerstreuer für Hang zu	40 %,
Pflanzenschutzmaschinen für Hang zu	10 %,
Wiesen- und Weidepflegegerät zu	30 %.

Bei Maschinen für die Ausrüstungen der Rinder- und Schweineproduktion

Stalltraktoren zu	75 %,
Futtermittelverteilwagen zu	50 %,
Frontschaufellader zu	30 %.

- Die stabile Versorgung der Bevölkerung wird durch weitere Faktoren im Jahre 1982 gefährdet. Bereits 1981 konnte die geplante Erhöhung des Einzelhandelsumsatzes um 3,8 % gegenüber dem Vorjahr nur zu 2,5 % erfüllt werden. Der ursprüngliche Plan des Warenumsatzes wurde mit 1,3 Mrd. M nicht erfüllt.

Vom Volkswirtschaftsplan 1982 ausgehend sind gegenwärtig 1,2 Mrd. M an Waren für die Bevölkerungsversorgung noch nicht gesichert.

Durch weitere Eingriffe in den Warenfondszuwachs zur kurzfristigen Mobilisierung von Waren für den NSW-Export erhöhen sich die Unsicherheiten im Warenfonds für die Bevölkerungsversorgung.

Für das 1. Halbjahr 1982 betreffen diese zusätzlichen Warenbereitstellungen für NSW-Exporte:

- 2 kt Wasenmittel,
- 800 TStück Untertrikotagen,
- 351 TStück Fahrradreifen,
- 68500 Stück Kühlschränke,
- 60 M² M Möbel,
- nahezu die gesamte Produktion von Motorrädern,
- 10000 Stück Fahrräder,
- 500 TStück Arbeitsschutz- und Hygienebekleidung,
- 100 t Handstrickgarn u.a.

Bei dem Eingriff in den Warenfonds für die Bevölkerungsversorgung zugunsten des NSW-Exportes handelt es sich vorrangig um solche Erzeugnisse, bei denen bereits 1981 der Bevölkerungsbedarf in voller Höhe nicht abgedeckt werden konnte.

1982 ist ein Warenfondszuwachs von ca. 4 Mrd. M konzipiert. Er soll zu 2,2 - 2,3 Mrd. M über den Wertzuwachs bei den Erzeugnissen (Preiserhöhung) abgedeckt werden.

Mit dieser Vorgabe erfolgt die Fortsetzung der Praxis im Jahre 1981. Die Relation zwischen Wertzuwachs und Warenmenge beträgt rd. 60 : 40 %.

1.3. Die Beherrschung möglicher Gefahrensituationen und Gefährdungszustände besonders durch eine zuverlässige Verfügbarkeit bedeutender Fonds der Staatsreserve ist unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht mehr gewährleistet.

Die Staatsreserve B (Produktionsreserve) wurde im Jahre 1981 bei folgenden ausgewählten Produkten aufgelöst:

Kupfer, Blei, Zink, Zinn, Antimon, Nickel, Silizium, Wofatoxkonzentrat, Zucker, Naturkautschuk.

Bei nachfolgenden Positionen war bereits zu Beginn des Planjahres 1981 kein Bestand mehr vorhanden:

Baumwolle, Fleisch, Roggen, Oelfrüchte.

Der Gesamtwert der 1981 aus der Staatsreserve B abverfügten Erzeugnisse, für die keine Wiedereinlagerung vorgesehen ist, beträgt 161,6 Mio. M.

Die Staatsreserve A (Katastrophenfälle, Spannungsperioden, Verteidigungszustand) wurde 1981 im starken Maße für den NSW-Export beansprucht. Der Gesamtwert der Auslagerungen, für den keine Wiedereinlagerung vorgesehen ist, beträgt 239 Mio. M.

Gegenwärtig befinden sich in der Staatsreserve A an strategisch bedeutsamen Positionen:

Position	Menge	Reichdauer Normalfall	Reichdauer B-Planung
Kupfer	400 t	1,2 Tage	2 Tage
Blei	2000 t	7,7 Tage	10 Tage
Kautschuk	4290 t	10 Tage	10 Tage
Baumwolle	1000 t	4 Tage	9 Tage

Bei der Position Fleisch befinden sich in der Staatsreserve A 5,5 kt, dem steht ein gesamtwirtschaftlicher Tagesbedarf von 4,0 kt gegenüber.

Zu dem am 19.1.1982 im Politbüro beschlossenen NSW-Export von 35 kt Fleisch macht der Minister für Land, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft darauf aufmerksam, daß damit alle für die Versorgung der Bevölkerung gebildeten Reserven eingesetzt sind. Damit besteht für das I. Quartal 1982 ein Risiko, da damit gerechnet werden muß, daß das Schlachtabaufkommen auf Grund der Futterlage zurückgehen kann (u.a. Bericht 1. Sekretär der SED Bezirksleitung Schwerin).

Im Jahre 1980 wurden 100 kt Rindfleisch zeitweilig aus der Staatsreserve A ausgelagert. Die am 31.3.1981 festgelegte Einlagerung erfolgte bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht.

1.4. Aus den Erfahrungen der Plandurchführung 1981, die u.a. gekennzeichnet war durch eine Untererfüllung des NSW-Exportes um 2,1 Mrd. VM und einer Reduzierung der ursprünglichen Staatlichen Planaufgabe der industriellen Warenproduktion um 4,222 Mrd. M, machen die Minister bei der Erarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1982 wiederholt auf außerordentlich große Differenzen in Bezug auf das mögliche Wirtschaftswachstum und der Konzeption der Staatlichen Plankommission aufmerksam.

Diese Differenzen wurden in der Zeit vom 7.8.1981 bis 20.8.1981 durch die Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz rechnerisch weitestgehend reduziert.

Kategorien	Differenzstandpunkt d. Minister v. 7.8.81	Korrektur durch AG Zahlungsbilanz 20.8.81
Industrielle Warenprod.	- 1,1 Mrd. M	keine Abweichung
SW-Export	- 3,8 Mrd. M VGM	- 1,5 Mrd. M VGM
NSW-Export	- 2,7 Mrd. VM	- 0,5 Mrd. VM
NSW-Import: Mehrford.	0,7 Mrd. VM	keine Abweichung
Investitionsmehrford.	3,4 Mrd. M	0,9 Mrd. M

Es muß davon ausgegangen werden, daß die Disproportionen im Volkswirtschaftsplan 1982 mindestens die Größe der im August 1981 von den Industrieministern vertretenen Differenzstandpunkte haben.

Unmittelbar vor der Beschlußfassung über die Direktive zum Fünfjahrplan 1981 - 1985 auf dem X. Parteitag war nach Beratung mit den Industrieministern ein Arbeitsstand erreicht, der beim verteilbaren Endprodukt ein Defizit von 30 Mrd. M enthielt.

Diese Disproportionen wurden auf der Grundlage von Aufgabenstellungen der Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz innerhalb von 14 Tagen rechnerisch für die Jahre 1983 - 85 wie folgt beseitigt:

	Abweichung zur Staatl. Aufgabe am 7.8.81	Abweichung zur Staatl. Aufgabe Ende Aug. 1981
Industrielle Warenprod.	21,9 Mrd. M	+ 1,2 Mrd. M
SW-Export	- 11,2 Mrd. M VGW	- 1,7 Mrd. M VGW
NSW-Export	- 7,7 Mrd. VM	- 0,1 Mrd. VM
NSW-Import	+ 0,3 Mrd. VM	- 2,3 Mrd. VM
Investitionen	- 7,2 Mrd. M	+ 2,1 Mrd. M

Die Berichterstattung über diese Ergebnisse an den Generalsekretär des ZK der SED war die Grundlage für die Beschlußfassung über die Grundproportionen des Fünfjahrplanes 1981 - 85 am 8.9.1981 im Politbüro des ZK der SED.

Die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1981 und der nicht bilanzierte Volkswirtschaftsplan 1982 vertiefen diese im Fünfjahrplan 1981 - 1985 enthaltenen Disproportionen weiter. Es war deshalb nicht möglich, den Kombinatn einen verbindlichen Fünfjahrplan 1981 - 1985 zu übergeben.

Für den Fünfjahrplan 1981 - 1985 wurde durch das Politbüro des ZK der SED im August 1981 die Aufgabe gestellt, die Halbierung des Saldos aus Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem

NSW zu erreichen. Das bedeutete zum Zeitpunkt der Beschlußfassung eine Reduzierung auf 12,6 Mrd. VM im Jahre 1985.

Auf persönliche Initiative des Generalsekretärs des ZK der SED wurden für den Fünfjahrplanzeitraum umfangreiche finanzielle Mittel aus Sonderdeviseneinnahmen des Staates zur Beseitigung des ausgewiesenen Bargelddefizits bereitgestellt.

Bei konsequenter Verwirklichung der Grundlinie zur Halbierung des Saldos aus Forderungen und Verbindlichkeiten bis zum Jahre 1985 ist für den Zeitraum 1983 - 1985 eine ausgeglichene Bargeldbilanz vorgesehen.

Die Belastungen aus dem Schuldendienst, die im Jahre 1980 120 % der NSW-Exporteinnahmen betrug, sollen bis 1985 auf 90 % reduziert werden.

Tatsächlich trat aber 1981 ein Schuldendienst in Höhe von 160 % der Einnahmen aus dem NSW-Export ein.

Für die Beurteilung der innen Lage ist bedeutsam, daß der politisch-moralische und administrative Druck auf wertvolle und bewährte Führungskader der Partei, des Staates und der Wirtschaft verschärft wird, so daß mit einem weiteren Vertrauensabfall, Gleichgültigkeit und Resignation bei diesen Kadern gerechnet werden muß.

Immer mehr tritt an die Stelle konstruktiver gemeinsamer komplexer Lösungen das Ressortdenken, wodurch die ökonomische Lage weiter verschärft und noch mehr kompliziert wird.

Auf Grund der eigenen Erfahrungen und Erkenntnisse der Arbeiterklasse im täglichen Produktionsprozeß wird für sie die einseitige Darstellung von Erfolgen und einer konfliktlosen Entwicklung unserer Volkswirtschaft in der Wirtschaftspropaganda zunehmend unglaubhaft und führt zum Zweifel am Wahrheitsgehalt in der Berichterstattung sowie an der realen Möglichkeit zur Lösung der Probleme.

1.5. Der derzeitig eingetretene Lage in der Volkswirtschaft der DDR wurde durch innere, objektive und subjektive Faktoren und äußere Einflüsse auf die Volkswirtschaft hervorgerufen.

Die im Inneren wirkenden Faktoren werden als die entscheidenden Ursachen eingeschätzt.

Dabei ist der gegenwärtige Zustand der Zahlungsbilanz nur eine Widerspiegelung der tatsächlichen Lage in der Sphäre der materiellen Produktion.

- Zur Umsetzung der Beschlüsse der Parteitage und des Programms der SED wurden seit 1971 Volkswirtschaftspläne ausgearbeitet, die in ihrer Gesamtheit nicht balanzierten und als Folge mehr Nationaleinkommen verbraucht als selbst produziert wurde.

Allein aus dem NSW wurden im Zeitraum 1971 - 1980 zu effektiven Preisen Waren im Werte von 25,1 Mrd. VM mehr importiert als in das NSW exportiert wurden.

Das sind Endprodukte im Werte von über 50 Mrd. M, die für die Akkumulation und Konsumtion zusätzlich zu dem durch die materielle Produktion geschaffenen Produkt zugeführt wurden.

Aus dem SW wurden 1971 - 1980 zu effektiven Preisen im Werte von 3,9 Mrd. M VGW waren mehr importiert, als durch Exporte abgedeckt wurden.

Während 1971 - 1975 noch ein Exportüberschuß im SW im Werte von 3,3 Mrd. M VGW bestand, entwickelte sich im Zeitraum von 1976 - 1980 ein Importüberschuß von rd. 7,2 Mrd. M VGW.

Im Statistischen Jahrbuch der DDR erfolgte bis 1974 ein Ausweis des Importüberschusses getrennt nach Wirtschaftsgebieten, bis 1976 in der Gesamtbilanzierung, seit 1977 sind nur noch Angaben zum Außenhandelsumsatz enthalten, aus den keine Schlußfolgerungen zum Verhältnis Export : Import möglich sind.

Diese Entwicklung konnte eintreten, weil die leitenden Parteiorgane bei der Vorlage von Beschlußentwürfen über einen langen

Zeitraum hinsichtlich der realen Lage in der Volkswirtschaft und ihres tatsächlichen ökonomischen Leistungsvermögens desinformiert und die ökonomischen Auswirkungen und Konsequenzen der zu fassenden Beschlüsse einschließlich der wachsenden äußeren Verschuldung der DDR nicht oder nur unzureichend dargestellt wurden.

Die getroffenen Feststellungen sind durch eine Vielzahl von Dokumenten unterlegt.

- Unter Berücksichtigung der besonders mit August 1981 eingetretenen Situation wird für erforderlich gehalten, auf Desinformationen an die Parteiführung zu verzichten, die die reale Lage verschleiern und fiktive Lösungsvorschläge enthielten.

Am 10.8.1981 informierte der Sekretär für Wirtschaft des ZK der SED den Generalsekretär über seine Maßnahmen zur Gewährleistung der Zahlungsbilanz sowie zur Erfüllung des Exportplanes 1981 dahingehend, daß "durch den Bereich Kommerzielle Koordinierung und das Ministerium der Finanzen zusätzliche Barmittel im Wert in Höhe von 2,6 Mrd. VM erwirtschaftet und die Minister sowie ausgewählte Generaldirektoren auf Kampfposition zur Erfüllung der Außenwirtschaftspläne gebracht wurden".

Am 20.8.1981 wurde der Generalsekretär des ZK der SED durch den Sekretär für Wirtschaft des ZK schriftlich informiert, daß sich die Industrieminister verpflichten, den NSW-Exportplan 1981 bis auf eine Differenzsumme von 120 Mio. VM zu erfüllen.

Diese Zusicherung wurde gegeben, obwohl zum gleichen Zeitpunkt der Stand der Planerfüllung im NSW-Export noch fehlende Verträge in Höhe von 2,2 Mrd. VM auswies.

In einer weiteren schriftlichen Information Ende August 1981 wurde versichert, daß der NSW-Exportplan 1981 materiell unterlegt ist und die festgelegten Ziele von allen Ministern erreicht werden.

Ein Differenzbetrag zur Erreichung des Planzieles NSW-Export 1981 wurde nicht mehr ausgewiesen.

In diesen zitierten schriftlichen Informationen nahm der Sekretär für Wirtschaft des ZK der SED auch zum Stand der Erarbeitung des Fünfjahrplanes 1981 - 1985 Stellung und erklärte:

"Die Berechnungen ergeben zusammengefaßt, daß im Zeitraum bis 1985 bei Führung eines konsequenten Kampfes um die volle Erfüllung der NSW-Exporte und der unbedingten Einhaltung der jetzt konzipierten Importe gesichert werden kann, daß eine Verringerung der Verbindlichkeiten der DDR gegenüber dem NSW um die Hälfte erfolgt."

Das ist eine rein rechnerische Aussage, die schon zum damaligen Zeitpunkt für 1981 hinsichtlich des erforderlichen Exportsprodukts und der Absatzmöglichkeiten der Ware nicht richtig war und keinesfalls mit der heutigen Lage in der Zahlungsbilanz in Übereinstimmung bringen ist.

Am 20.10.1981 wurde der Generalsekretär des ZK der SED schriftlich informiert, daß "die bisher als notwendig angesehene jährliche Menge der Erdölverarbeitung ab 1982 um rd. 1 Mio. Tonnen durch den rationelleren Einsatz von Heizöl, Dieselkraftstoff und Vergaserkraftstoff und die Veränderung der Technologien in der chemischen Industrie verringert werden kann". An anderer Stelle dieser schriftlichen Information heißt es dazu, "bei allen Maßnahmen wird von dem Grundsatz ausgegangen, daß keine Beeinträchtigung des Berufsverkehrs, des Schülertransports und des notwendigen öffentlichen Transports entstehen".

Tatsächlich wurden den Ministern die bekannten gekürzten Kontingente administrativ vorgegeben, ohne daß die volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen bis in die Gegenwart materiell berechnet und nachgewiesen sind.

Mit der vom Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission in der Politbürositzung am 3.11.1981 getroffenen Aussage:

"der Ausfall von sowjetischem Erdöl entspricht 5,5 Mrd. VM ohne Zinsen und 6 - 7 Mrd. VM mit Zinsen. Wie bereits angesprochen, berührt das Grundpfeiler der Existenz der DDR"

wurde der Eindruck erweckt, daß die Reduzierung der Erdöllieferung der UdSSR auf 17 Mio. t jährlich die Hauptursache für die Lage in der Volkswirtschaft ist.

Tatsächlich erfordert die Eigenversorgung der Volkswirtschaft der DDR eine Erdölmenge von 15 Mio. t/a.

1981 erfolgte unter den Bedingungen der vollen Belieferung mit 19 Mio. t Erdöl durch die UdSSR ein planmäßiger Export an Erdölprodukten mit einem Erdöläquivalent in Höhe von 3,18 Mio. t. Für 1982 ist unter Einbeziehung eines Imports von 668 kt aus dem NSW ein planmäßiger Export von Erdölprodukten entsprechend einem Erdöläquivalent von 4,8 Mio. t vorgesehen.

Aus 2,0 Mio. t sowjetischem Erdöl werden in der DDR Erdölprodukte gewonnen, mit denen im NSW Export zu gegenwärtigen Preisen ein Valutaerlös von ca. 900 Mrd. VM erzielt werden kann. Dem Politbüro hätte also als Folge der Reduzierung der Erdöllieferung ein Ausfall von maximal 3,6 Mrd. VM im Fünfjahrplanzeitraum genannt werden dürfen.

Dabei wurde weiterhin nicht gesagt, daß die Weltmarktpreise für VK, DK und Heizöl derzeit eine sinkende Tendenz aufweisen, zunehmend Absatzschwierigkeiten im NSW entstehen und mit erheblich niedrigeren Valuta-Einnahmen gerechnet werden muß.

- Eine weitere Komplizierung der angespannten Lage trat ein, weil die Staatliche Plan-Kommission ihren Berechnungen für den Fünfjahrplanzeitraum 1981 - 85 Kreditgewährungen seitens der UdSSR in Höhe von 1,5 Mrd. MVGW zugrundelegte, für die es von sowjetischer Seite keine verbindlichen Zusagen gab.

Mit dieser Darstellungsweise wurde in der Parteiführung der Eindruck vermittelt, daß die Hauptursache für die angespannten Pläne der Haltung der UdSSR anzulasten sei.

- Informationen an die leitenden Parteiorgane über ökonomische Effekte auf den Gebieten der Anwendung der Robotertechnik entsprechen ebenfalls nicht den Tatsachen.

- . Die Konzeption zur Produktion und dem Einsatz von Industrierobotern (ursprünglich 16 000 - am 12.1.81 Erhöhung durch den Sekretär für Wirtschaft auf 40 - 45000) mit einer Effektivität der Freisetzung von 2,5 Arbeitskräften je Industrieroboter wird tatsächlich mit 1,1 Arbeitskräften erreicht.

Das hat seine wesentliche Ursache darin, daß bereits von vornherein Mechanismen als Roboter deklariert werden, die diesem Anspruch nicht gerecht werden.

Ähnliche Auswirkungen auf die Meinungsbildung der Parteiführung zur ökonomischen Lage und zu Lösungswegen hat die Berichterstattung über solche bedeutsamen Initiativen, wie den zusätzlichen Neubau von 100 000 Wohnungen (Verpflichtung IX. FDGB-Kongreß), die Verpflichtungen zu 3 zusätzlichen Tagesproduktionen 1981 und die Gegenplanbewegung:

So ist die Verpflichtungsbewegung gegenüber dem Generalsekretär des ZK der SED anläßlich der Tagung und des Erfahrungsaustausches des Zentralkomitees mit Generaldirektoren zentralgeleiteter Kombinate am 28./29.4.1981 in Leipzig, wichtige Steigerungsraten zu erhöhen und in den Volkswirtschaftsplan für 1981 aufzunehmen, auf der Grundlage von verschiedenen Fragebogen, die innerhalb von 24 Stunden auszufüllen waren, zustande gekommen.

Die mit solchen u.a. Verpflichtungen konzipierte Übererfüllung der industriellen Warenproduktion um 4,156 Mrd. M (3 Tagesproduktionen) wurde infolge notwendiger Planpräzisierungen in Höhe von 4,222 Mrd. M kompensiert. Nur 29 % aller Betriebe im zentralgeleiteten Bereich der Industrieministerien erreichten 1981 eine allseitige Planerfüllung. (Anteil 1980: 44 %)

1.6. Ein Grundproblem besteht nach wie vor darin, daß zur zentralen Leitung der Volkswirtschaft neben dem Ministerrat und seinen Organen in Form der Wirtschaftskommission und der Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz beim ZK ein zweites Leitungssystem existiert. Fragen, die der Ministerrat zu entscheiden hat, werden auf diese Art und Weise verbindlich "vorentschieden".

Dadurch ist der Ministerrat im Hinblick auf die Leitung, Planung und Organisation der Volkswirtschaft nicht aktionsfähig.

Er vollzieht die in der Wirtschaftskommission und der Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz getroffenen Festlegungen als juristischen Akt nach.

Stärker als je zuvor sind Leitung, Planung und Organisation der Volkswirtschaft von der unmittelbaren Einflußnahme des Sekretärs für Wirtschaft des ZK abhängig.

Die Planmäßigkeit der Lösung der Aufgaben in den Außenwirtschaftsbeziehungen wurde nicht zuletzt unter den Bedingungen des aus der Zahlungsbilanz heraus entstandenen Zwangs zum Handeln untergraben.

Bei nicht wenigen Wirtschaftsfunktionären verstärkt sich die Auffassung, daß nur mit Hilfe außerplanmäßiger Produktions- und Absatzkonstruktionen den gestellten Anforderungen in der Erbringung ihres Anteiles am volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß Rechnung getragen werden kann.

Diese außerplanmäßigen Konstruktionen sind sozusagen Hilfe in der letzten Not. Sie sind geradezu objektive Größen geworden.

Es muß deshalb alles getan werden, um den sozialistischen Planungsmechanismus zu erhalten.

- Ein weiteres Grundproblem der gegenwärtigen Leitung und Planung der Volkswirtschaft zeigt sich darin, daß vorwiegend beginnend mit den zentralen Planvorgaben auf die wertmäßige Erhöhung der Leistungen orientiert wird und damit von vornherein unreales, durch echten materiellen Leistungszuwachs nicht erfüllbare Planziele den Kombinat- und Betriebsleitungen gestellt werden. Damit wird gewollt die Möglichkeit geschaffen, auf zentraler und betrieblicher Ebene ein Leistungswachstum auszuweisen, welches durch verfügbares Endprodukt nicht belegt werden kann.

So wurde z. B. durch die zentral gefaßten Beschlüsse zur besseren Leistungsbewertung das vergleichbare Produktionsvolumen des Fünfjahrplanes 1976 - 1980 um rund 20 Mrd. M höher ausgewiesen. Damit wird in diesen 5 Jahren wertmäßig ein Produkt, das einem Jahresproduktionszuwachs der Volkswirtschaft entspricht allein über Preise geschaffen. Ein höheres Endprodukt stand damit zur Verteilung nicht zur Verfügung.

In der Planung und Abrechnung auf der Ebene der Kombinate und Betriebe bestehen damit umfangreiche Möglichkeiten zur Manipulation.

Die Überbetonung der wertmäßigen Planerfüllung innerhalb der Leitung und Planung der Volkswirtschaft hemmt auch den auf die Entwicklung und Überführung neuer Erzeugnisse in die Produktion gerichteten wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Zugunsten der sicheren Erfüllung des Planes der industriellen Warenproduktion mit eingespielten Kooperationsbeziehungen verzichteten viele Leiter auf die Einführung neuer Erzeugnisse, Verfahren und Technologien. Das damit verbundene Risiko, den Plan der industriellen Warenproduktion für einen bestimmten Zeitraum nicht zu erfüllen, wird nicht eingegangen. Die Folge davon ist die Beibehaltung der Produktion von im In- und Ausland schlecht absetzbaren Erzeugnissen.

1.7. Die große Abhängigkeit der Volkswirtschaft der DDR von den Außenwirtschaftsbeziehungen mit dem NSW und der hohe Grad der Verschuldung bei kapitalistischen Banken hatte zur Folge, daß die Aufwertung des US-Dollars und die Hochzinspolitik der USA, der sich die führenden kapitalistischen Länder anschließen mußten, äußerst negative Auswirkungen für die Volkswirtschaft der DDR hatten.

- Die Zahlungsbilanz der DDR, die am 1.1.1981 einen Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten von 24,5 Mrd. VM auf der Grundlage des Dollarkurses 1 : 1,80 VM auswies, verschlechterte sich per 1.1.1982 auf einen Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten in Höhe von 30,5 Mrd. VM, wovon allein 4,85 Mrd. VM auf den veränderten Dollarkurs von 1 : 2,40 VM zurückzuführen sind.
- Neben bedeutenden Importausfällen aus der VR Polen gewährte die DDR unentgeltliche Hilfe in Höhe von 250 Mio. DM; lieferte Versorgungs- und Hilfsgüter in Höhe von 550 Mio. M.

- Die von der DDR zunehmend erweiterten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit kapitalistischen Industrieländern führten im zunehmenden Maße dazu, daß die Wirkungsmechanismen des kapitalistischen Marktes Einfluß auf den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß gewannen, sich Abhängigkeiten herausbildeten, die zu ökonomischen Verlusten für die DDR führten, die sich nicht zuletzt in dem erreichten hohen Grad der Verschuldung der DDR gegenüber dem NSW ausdrücken.
- . Zur Refinanzierung der 1976 bis 1980 realisierten Kompensationsvorhaben und der in dem im November 1981 beschlossenen Fünfjahrplan enthaltenen weiteren Kompensationsvorhaben für 1981 - 1985 sind einschließlich Zinszahlungen bis zum Jahre 1985 rd. 10 Mrd. VM erforderlich.
- . In der Schwarzmetallurgie der DDR wurden 1976 - 1980 4,1 Mrd. M Kompensationsimporte eingesetzt, das sind rd. 42 % der Gesamtinvestitionen in diesem Bereich. 1981 - 1985 sollen die Investitionen aus Kompensation in der Metallurgie 9,1 Mrd. M betragen. Die Folge dieser Importe ist die ständige Erhöhung des Exports metallurgischer Erzeugnisse zur Refinanzierung.
- . Die Kompensationsvorhaben der chemischen Industrie sollen in erster Linie durch den Export von Rohstoffen der 1. und 2. Verarbeitungsstufe refinanziert werden. So das Düngemittelwerk Rostock, der Spalt- und Aromatenkomplex Schwedt, das Komplexvorhaben Buna, die Visbreaker-Anlage Schwedt, die Visbreaker-Nachfolgeanlagen Leuna u.a. Die Gesamtvaluta-Aufwendungen einschließlich Zinsen betragen 6,428 Mrd. VM.
- Die Linie der Kompensation soll trotzdem weitergeführt werden, wird aber im zunehmenden Maße als Sondergeschäfte im Zusammenhang mit dem Bereich Kommerzielle Koordinierung ausgewiesen.
- . So wurde am 6.1.1982 im Sekretariat des ZK und am 13.1.82 im Präsidium des Ministerrates beschlossen, als Sondergeschäfte für 115 Mio. VM Ausrüstungen aus dem NSW über den Bereich Kommerzielle Koordinierung zur Entwicklung und Produktion von Erzeugnissen der Audio- und Videotechnik zu importieren. Dieser Verfahrensweg wurde gewählt, nachdem durch die Staatliche Plankommission erklärt worden war, daß ein Planimport für die Volkswirtschaft der DDR ökonomisch nicht effektiv und in die Bilanzen nicht einordenbar ist. Ertragskennziffern zur Refinanzierung waren nicht nachgewiesen.

Dieses und weitere 6 beabsichtigte Sondergeschäfte, die kurzfristig (Leipziger Frühjahrsmesse 1982) abgeschlossen werden sollen, verschärfen die Lage in der Zahlungsbilanz, da bereits 1982 beginnend Zahlungen in der Regel in Höhe von 15 % des Anlagenwertes in bar (konvertierbare Devisen) erforderlich werden.

- Die zeitweilige Zuführung von verteilbaren Produkt (Akkumulation) für die Volkswirtschaft der DDR aus Kompensation wird 1982 beendet und ab 1983 tritt durch die Refinanzierungsverpflichtungen ein bedeutender Abzug vom Nationaleinkommen ein.

Der Anteil des Exports von Rohstoffen und Halbfabrikaten in das NSW nimmt zu.

- . Während 1980 noch mehr als 40 % des NSW-Exportes durch Erzeugnisse des Maschinenbaus und industrielle Konsumgüter abgedeckt wurde, verringerte sich dieser Anteil 1981 auf 34 %.

Dem Fünfjahrplan 1980 - 1985 liegt ein jährlicher Rohstoffzuwachs von 0,5 % zugrunde. Demgegenüber steigt der Export von Rohstoffen und Halbfabrikaten in das NSW weiter an. Dabei ist weiter zu berücksichtigen, daß der Export der DDR von Erzeugnissen des Maschinenbaus bei kapitalistischen Industrieländern nur 9,4 % und bei der BRD/WB 7,0 % des Gesamtexports in diese Länder beträgt.

Das bedeutet, daß sich die DDR gegenwärtig in der Position eines Rohstofflieferanten für diese Länder befindet, während die chemische Industrie der DDR bei Zwischenprodukten und der Maschinenbau sowie die Elektrotechnik/Elektronik bei Beistellungen hochgradig von Importen aus diesen Ländern abhängig sind.

2. In den dem Ministerium für Staatssicherheit übermittelten Vorstellungen besteht völlige Übereinstimmung darin, daß es unumgänglich geworden ist, die entstandene Lage und Wege zur ihrer Überwindung auf höchster Ebene unverzüglich mit der UdSSR vorbehaltlos und offen zu beraten, eine gemeinsame qualitativ-völlig neue Außenwirtschaftspolitik zu vereinbaren und damit Voraussetzungen für eine stabile innere Entwicklung und die notwendige Handlungsfähigkeit gegenüber dem NSW zu schaffen.

Unter Leitung des Generalsekretärs des ZK der SED sollte ein Kreis ausgewählter Genossen aus zentralen wirtschaftsleitenden Organen eine Aufnahme des Standes der realen Lage der Volkswirtschaft der DDR vornehmen und entsprechende kurzfristige und längerfristige Lösungswege erarbeiten, wobei die Zahlungsfähigkeit der DDR gegenüber dem NSW durchgängig gewährleistet bleiben muß.

Es muß davon ausgegangen werden, daß die DDR aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage ist, mit ökonomischen Mitteln eine grundlegende Veränderung der eingetretenen Situation herbeizuführen und die Probleme der Zahlungsbilanz mit dem NSW dauerhaft zu lösen.

2.1 Der Partei- und Staatsführung der UdSSR sollte im Interesse kurzfristiger Lösungen folgender Vorschlag unterbreitet werden:

Die Partei- und Staatsführung der DDR bekräftigt ihre Entschlossenheit, ihre Zahlungsbilanz gegenüber dem NSW auf maximal 12 Mrd. VM saldierte Verbindlichkeiten zu reduzieren. Der zur Lösung dieser Aufgabe erforderliche Exportüberschuß im NSW wird für Warenlieferungen in die UdSSR eingesetzt. Dafür übernimmt die UdSSR sofort Verbindlichkeiten der DDR bei kapitalistischen Banken in Höhe von ca. 20 Mrd. VM (Dollarbasis 2,40 VM).

Auf der Grundlage real bilanzierter Pläne könnten die dafür erforderlichen Waren aus dem geplanten Exportüberschuß der DDR bis Ende 1987 geliefert werden und hätten einschließlich Zinsen einen Wertumfang von ca. 30 Mrd. VM.

Struktur und Umfang der zu liefernden Waren sollten es der UdSSR ermöglichen, in einem möglichst hohem Maße selbst NSW-Importe abzulösen (ökonomische Überlegungen dazu Anlage 1).

2.2. Um gegenüber der UdSSR die eigenen Anstrengungen zur Überwindung der derzeitigen Lage sichtbar zu machen und ihr Interesse an der gemeinsamen Realisierung des prinzipiellen Vorschlages zu erreichen, sollten der Führung der UdSSR weitere Maßnahmen genannt werden, mit deren Verwirklichung die DDR kurzfristig eine entscheidende Veränderung der Situation herbeiführen will. Solche Maßnahmen müßten sein:

- Einstellung des Systems der Leitung und Planung der Volkswirtschaft der DDR auf die eingetretenen Veränderungen in der Lage der Volkswirtschaft;
- Konzentration aller Valutaformen des Staates unter einer Verfügungsgewalt. NSW-Importe werden nur noch zur materiellen Sicherung der Produktion und der Befriedigung des Grundbedarfes der Bevölkerung durchgeführt. Der Import von Erzeugnissen für den Exquisit- und Delikathandel einschließlich hochwertiger industrieller Konsumgüter aus dem NS ist zu überprüfen, mit dem Ziel unter Nutzung der Potenzen der eigenen Produktion bzw. der Gestattungsproduktion ausreichend zu versorgen;
- Zeitweilige Aussetzung einer Reihe von Investitionsvorhaben und Export der dafür vorgesehenen Ausrüstungen bzw. Verzicht auf dafür vorgesehene Ausrüstungsimporte (mit Ausnahme der Rationalisierungsinvestitionen);
- Einstellung aller Verhandlungen zum Neuabschluß von Kompensationsgeschäften und aller anderen außerplanmäßigen Anlagen- und Ausrüstungsimporte;
- Reduzierung des Berlin-Programms um die aus den Bezirken zugeführten Kapazitäten;
- Reduzierung der Heizölablösung in der DDR auf das Maß, wie durch tiefere Spaltung des Erdöls weniger Heizöl zur Verfügung steht. Die vorgesehenen NSW-Ausrüstungsimporte für die Umstellung in Höhe von ca. 100 Mio VM werden nicht durchgeführt;
- Der Volkswirtschaft wird Bitumen in dem Umfang zur Verfügung gestellt, wie es die Instandhaltung der Straßen erfordert;
- In gleicher Größe wie 1981 VK-Bereitstellung für die Bevölkerung der DDR mit dem Ziel der Freisetzung von VK zum Einsatz in der Volkswirtschaft.

- Reduzierung der Futtermittelimporte aus dem NSW und Reduzierung der Tierbestände auf das erforderliche Maß;
- Wiederherstellung einer stabilen Staatsreserve;
- Gewährleistung der Versorgung der in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte, der bewaffneten Kräfte der DDR und des notwendigen Verteidigungsbeitrages der DDR im Rahmen der Warschauer Vertragsstaaten;
- konsequente Durchsetzung des sozialistischen Sparsamkeitsprinzips in allen gesellschaftlichen Bereichen und Ebenen. Einschränkung des materiellen und finanziellen Aufwandes für die gesellschaftliche und staatliche Repräsentation;
- die wirtschaftspolitische Propaganda der Partei muß den realen ökonomischen Gegebenheiten und den Erfahrungen und Erkenntnissen der Arbeiterklasse im täglichen Arbeitsprozeß Rechnung tragen. Sie muß ausgerichtet sein, auf die Erhöhung der Leistungsbereitschaft der Werktätigen zur Lösung glaubhafter und realer ökonomischer Aufgaben und auf tatsächlich erreichten Ergebnissen aufbauen;
Die Erhöhung der Arbeitsmoral, der Disziplinierung aller gesellschaftlichen Prozesse, besonders der Arbeitsprozesse, ist die wichtigste Voraussetzung zur Lösung der obengestellten Aufgaben. Dazu ist die umfassende Anwendung und Durchsetzung des sozialistischen Arbeitsrechts unumgänglich.

Die vorgeschlagenen kurzfristigen Lösungen sind nicht geeignet, die für die DDR objektiven eintretenden Verluste und Schäden vollständig auszugleichen.

Ökonomische Nachteile müssen vorübergehend in Kauf genommen werden wie der Verlust von Marktpositionen im NSW; Probleme, die mit der Änderung des Produktionsprofils, der Struktur und des Arbeitskräfteeinsatzes zusammenhängen; Verringerung des Tempos des weiteren Aufbaus der Hauptstadt der DDR; Versorgungseinschränkungen in ausgewählten Bereichen; zeitweiliges Ansteigen unvollendeter Investitionen; Einschränkungen bei der materiellen Unterlegung der Politik der friedlichen Koexistenz gegenüber kapitalistischen Industrieländern infolge der Reduzierung des Imports von Industrieanlagen.

2.3. Die Realisierung der kurzfristigen Lösungsvorschläge soll die notwendigen Voraussetzungen und die Zeit bringen, um auf der Grundlage exakter Untersuchungen durch Expertengruppen die Realisierung der nachfolgenden langfristigen Lösungsvorschläge zur Stabilisierung der Volkswirtschaft der DDR vorzubereiten.

Unter der Voraussetzung der Zustimmung obengenannter Lösungen sind die dem entgegenstehenden Beschlüsse zu überprüfen.

- Es ist als Voraussetzung für alle nachfolgenden Maßnahmen eine weitergehende Bestandsaufnahme des volkswirtschaftlichen Zustandes und der realen volkswirtschaftlichen Potenzen und Möglichkeiten durchzuführen. Diese Bestandsaufnahme muß mindestens umfassen:
 - . Umfang und Struktur der für die künftige Entwicklung der Volkswirtschaft real zur Verfügung stehenden Ressourcen. Gegenwärtige Nutzung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens;
 - . real erreichter Stand der Wirksamkeit der Wissenschaft und Technik;
 - . Umfang, Intensität und Effektivität der Außenwirtschaftsbeziehungen; Grad der Abhängigkeit der Volkswirtschaft vom NSW;
 - . volkswirtschaftliche Disproportionen.

- Es ist eine strukturpolitische Konzeption für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR über den Zeitraum von mehreren Fünfjahrplänen zu erarbeiten, die die volle Einhaltung der gegenüber der UdSSR eingegangenen Verpflichtungen und die weitere Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration garantiert. (Überlegungen zu einer strukturpolitischen Konzeption: Anlage 2)

- Die Durchsetzung der vollen Verantwortlichkeit und Funktionsfähigkeit des Ministerrates und seiner Organe bei der einheitlichen Leitung, Planung und Organisation der Volkswirtschaft erfordert, das Leitungs- und ökonomische Kennziffernsystem auf die Verwirklichung der strukturpolitischen Konzeption zu richten. (Überlegungen dazu Anlage 3)

- Auf dem Gebiet der medizinischen Versorgung und Betreuung der Bevölkerung wird empfohlen, durch Stärkung der Leistungskraft der Arzneimittelindustrie, des medizinischen Gerätebaus und des dafür erforderlichen Anteils des Bauwesens; die bestehenden Mängel in der materiellen Sicherstellung zu überwinden.

KOPIE

BStU

Ökonomische Überlegungen zur qualitativen Veränderung der außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der UdSSR

Aus dem Statistischen Jahrbuch des RGW ist zu entnehmen, daß die UdSSR u.a. folgende Importe durchführt:

Mio. Rbl.	1960	1970	1975	1979	1980
. Rohstoffe	13,3	110,9	1522,5	2413,3	2479,4
. Nahrungs- u. Genußmittel	34,5	114,2	291,8	676,4	1255,0
. ind. Konsumgüter	22,0	292,3	474,1	466,7	811,3

aus Entwicklungsländern

. Rohstoffe	72,9	188,1	980,6	756,9	1803,1
. Nahrungs- u. Genußmittel	27,3	104,5	359,3	459,5	812,1
. ind. Konsumgüter	5,5	120,4	275,2	210,8	417,5

Diesen Importbedürfnissen der UdSSR entspricht die Exportwarenstruktur der DDR in das NSW weitestgehend. Allein der Umfang des im Verlaufe des Fünfjahrplanes vorgesehenen NSW-Exports von Konsumgütern würde ausreichen, um volumenmäßig die erforderlichen Warenlieferungen in Höhe von 30 Mrd. VM abzusichern.

In Abhängigkeit von Wünschen der sowjetischen Seite kann die Struktur der zu liefernden Waren auch auf Erzeugnisse des Maschinenbaus, der chemischen Industrie und anderer Zweige erweitert werden.

Eine zu bildende gemeinsame Expertengruppe UdSSR/DDR sollte berechnen bzw. festlegen:

- das exakte infrage kommende Warenvolumen und dessen zeitliche Verfügbarkeit;
- die Spezifizierung der in die UdSSR zu liefernden Waren;
- die konkrete Bestimmung der von der UdSSR zu übernehmenden Kredite;
- die Preisbasis und Bedingungen der gegenseitigen Verrechnung der Warenlieferungen.

Unabhängig vom Zeitpunkt der Rückzahlung der von der sowjetischen Seite zu übernehmenden Kredite der DDR bei Banken im NSW sind durch die DDR die Zinsbelastungen bis 1987 durch Warenlieferungen in Höhe von ca. 10 Mrd. VM zu erstatten.

Es wird davon ausgegangen, daß ein solches Herangehen der Interessenlage beider Partner entspricht.

Die prinzipiellen Vorteile für die DDR bestehen in

- der Sicherung der Zahlungsfähigkeit gegenüber den kapitalistischen Banken;
- der materiellen Sicherung der Finanzierung des erforderlichen Umfangs von Importen aus dem NSW durch die Beibehaltung eines NSW-Exports mit gesicherten Absatzmöglichkeiten;
- einer Entlastung des notwendigen NSW-Imports von Beistellungen für die Waren, die in die UdSSR zu liefern sind, ohne Beeinträchtigung der Qualität;
- der Wiederherstellung der Stabilität des Fünfjahrplanes und der Volkswirtschaftspläne.

Überlegungen für die Erarbeitung einer strukturpolitischen
Konzeption

Die strukturpolitische Konzeption hat zu gewährleisten

- die planmäßig, proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft;
- die stabile Versorgung der Bevölkerung im Grundbedarf;
- die Beseitigung der Abhängigkeit der Volkswirtschaft vom NSW;
- die materielle Sicherstellung der Landesverteidigung.

Es sind Festlegungen vor allem zu nachfolgenden Grundfragen
zu treffen:

- zum Verhältnis Akkumulation/Konsumtion sowie zur inneren Struktur der Akkumulation;
- Bestimmung der Entwicklung der Bedürfnisse der Bevölkerung unter sozialistischen Verhältnissen und der objektiven Möglichkeiten zu ihrer Befriedigung.
Daraus sind Schlußfolgerungen für die Konsumtionsstruktur und zur Preispolitik abzuleiten;
- Schaffung einer Erzeugnisstruktur, die die vorhandenen Ressourcen optimal nutzt (eigene Rohstoffbasis, Aufkommen und Verwendung von Sekundärrohstoffen, Nutzung der hohen wissenschaftlich-technischen Kapazitäten);
- Überarbeitung der Programme zu wissenschaftlich-technischen Hauptrichtungen der Entwicklung der Produktivkräfte mit dem Ziel der Gewährleistung der proportionalen Entwicklung.
Insbesondere sind zu berücksichtigen

- . Beseitigung der Disproportionen zwischen Finalproduktion und Zulieferindustrie,
 - . die notwendige schnellere Entwicklung des Maschinenbaus und der Elektrotechnik/Elektronik,
 - . die Veränderung des ungünstigen Verhältnisses zwischen Grundchemie und hochveredelter Chemie.
- zur Bestimmung der Grundproportionen in der Landwirtschaft unter Berücksichtigung der maximalen Nutzung des Bodens, der Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit und der erforderlichen materiell-technischen Ausstattung der Landwirtschaft zur stabilen Eigenversorgung der Bevölkerung und des bilanzierten Anteils am Produktionsverbrauch. Der biologische Kreislauf Boden - Pflanze - Tier/Mensch - Boden ist zu optimieren.
 - zur Gestaltung einer hoch effektiven Exportstruktur, die unter Berücksichtigung der Erzeugnisstruktur ausgehen muß von der Zusammenarbeit mit der UdSSR, den Verpflichtungen im Rahmen der sozialistischen ökonomischen Integration, einer hohen Devisenrentabilität im Handel mit dem NSW und historisch gewachsenen Produktionstraditionen;
Bedeutende Verstärkung des Anlagenexports in Entwicklungsländer verbunden mit einer erweiterten Kreditgewährung mit dem Ziel der Sicherung stabiler Rohstoffbezüge.
 - notwendige Entwicklung der Dienstleistungen als wichtiger Bestandteil der Bedarfsbefriedigung im Innern des Landes und der Möglichkeit zur Erwirtschaftung zusätzlichen National-einkommens (Transit, Tourismus u.a.);
 - zur Optimierung des Transportwesens, der Umschlag- und Lagerprozesse. Dazu gehören u.a.

- . Die Prüfung eines notwendigen Ausbaus der Schienentransportwege
 - . Die bessere Nutzung der Binnenwasserstraßen und Hafenkapazitäten
 - . Instandhaltung und Rekonstruktion des Straßennetzes
 - . Konzipierung perspektivischer Verkehrslösungen
- Erarbeitung einer längerfristigen Energiebilanz und Entscheidungsvorschläge für den Einsatz der Kernenergie, der Rohbraunkohle und anderen Energieträger, die die Realisierung der strukturpolitischen Konzeption abdecken.

Anlage 3Überlegungen zur weiteren Qualifizierung der Tätigkeit
des Ministerrates und seiner Organe

Zur weiteren Stärkung der Staatsmacht auf ökonomischen Gebiet
wird für erforderlich gehalten:

- Die Verantwortungslinien auf der Ebene des Ministerrates, der Staatlichen Plankommission und der Fachministerien sind exakt zu bestimmen;
- Die Leitung der Außenwirtschaftsbeziehungen ist in eine Hand zu legen;
- Prüfung der Notwendigkeit einer einheitlichen Leitung der metallverarbeitenden Industrie;
- Erhöhung des Wirkungsfeldes der Leitung von Wissenschaft und Technik und Herstellung der richtigen Proportionen von Grundlagen- und Anwendungsforschung;
- Schrittweise Verbesserung der Struktur der Kombinate mit dem Ziel der Vereinfachung der Kooperationsbeziehungen, der Minimierung der Transportprozesse und der Qualifizierung der Leitungstätigkeit.

Wirtschaftswissenschaftler sind zu beauftragen, Vorschläge zu unterbreiten, wie

- die volle und stabile Bilanziertheit der Wirtschaft erreicht werden kann,
- das gesamte System der Plankennziffern und der ökonomischen Stimuli auf das Erreichen volkswirtschaftlicher Endergebnisse gerichtet werden kann und welche Richtungen für eine neue Organisation der Leistungsstimulierung auf der Grundlage der wirtschaftlichen Rechnungsführung einzuschlagen sind.

Dazu gehören z. B.:

- Stimulierung der Fondsausnutzung,
- Stimulierung der Materialökonomie,
- Schaffung realer Normative und Leistungskennziffern,
- Entwicklung einer leistungsgerechten Lohnpolitik.

Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik hat zu gewährleisten, daß die volkswirtschaftliche Abrechnung die real erreichten Ergebnisse widerspiegelt und eine aktuelle Aussagefähigkeit über die volkswirtschaftliche Entwicklung gegeben ist.

Die neuen ökonomischen Regelungen sollten gewährleisten, daß die Kombinate stärker als bisher unmittelbar mit den Ergebnissen ihrer außenwirtschaftlichen Tätigkeit konfrontiert und dafür materiell verantwortlich gemacht werden.

Die Mängel in der Ausnutzung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens können nur langfristig überwunden werden. Es sollte geprüft werden, ob die Anzahl der in den produzierenden Bereichen beschäftigten Arbeitskräfte erhöht werden kann durch die Verwirklichung solcher Maßnahmen, wie

- Erhöhung des Wirkungsgrades des Staatssekretariats für Arbeit und Löhne und seiner territorialen Organe;
- Optimierung des Einsatzes ausländischer Werkstätiger in Kombi-naten und Betrieben der DDR.

Die Vergeudung von gesellschaftlichen Arbeitsvermögen durch Stillstand- und Wartezeiten, Arbeitsbummelei, ungerechtfertigte Krankenschreibungen, betrügerische Leistungsabrechnung u.a. sind konsequent zu reduzieren durch

- Verstärkung der politisch-ideologischen und erzieherischen Arbeit,

- Überprüfung der gegenwärtigen Arbeitsgesetzgebung und Arbeitsrechtsprechung,
- die Durchsetzung leistungsgerechter Entlohnung und Prämierung.

KOPIE
BSTU